Der deutsch-englische Flottenstreit.

Gelegentlich der Beratung des Etats des Reichskanzlers in der Budgetkommission des Reichstages gab der Staatssekretär des Äußern, Frhr. v. Schoen namens des Fürsten Bülow folgende Erklärung ab: „Die englische Regierung hat zwar ihre Bereitwilligkeit zu einer

deutsch-englischen Verständigung

über Umfang und Kosten der Flottenprogramme in allgemeiner Weise zu erkennen gegeben, sie hat aber keinen behingehenden formellen Antrag gestellt. In den unverbindlichen Gesprächen, die über diese Frage zwischen maßgebenden deutschen und englischen Persönlichkeiten stattgefunden haben, ist

niemals ein englischer Vorschlag

hervorgetreten, der nach unsrer Auffassung als Grundlage für amtliche Verhandlungen hätte dienen können. Im Verkehr zwischen befreundeten Regierungen pflegt es vermieden zu werden, formelle Anträge zu stellen, deren Berücksichtigung zweifelhaft erscheint. Die englische Regierung hat es wohl aus diesem Grunde vermieden, einen formellen Antrag an uns zu richten, und wir haben daher keine Stellung zu einem solchen Antrage zu nehmen gehabt. Die Gründe für

unsre abwartende Haltung

gegenüber dem Gedanken einer allgemeinen Einschränkung der Rüstungen zur See sind am 10. Dezember v. vom Reichskanzler im Reichstag dargelegt worden. Sie gelten selbstverständlich auch für etwaige Abmachungen unter einzelnen Mächten. Unser gesetzlich festgelegter Flottenbau ist ausschließlich nach unserm eigenen Schutzbedürfnis bemessen und stellt

keine Bedrohung irgend einer Nation

dar, wie schon wiederholt von uns betont worden ist." Inzwischen tobt der Streit in der englischen Presse wie im Unterhaus fort. Die Flottenfrage spitzt sich mehr und mehr zu einem Kampf zwischen Liberalen und Konservativen zu. Daß bei dieser Gelegenheit manche Blätter von dem Gebiet der Sache abweichen und

gegen Deutschland hetzen,

war vorauszusehen. Verlangen doch manche Zeitungen sogar eine Auflösung des Parlaments, und der ‚Observer' schreibt u. a., schon durch die Flottendebatten der letzten Tage sei die internationale Lage geändert worden, und fordert mit klaren Worten auf, Deutschlands Flotte zu vernichten, so lange die englische noch stark genug sei. Es ist erfreulich, daß die Regierung demgegenüber ihre Ruhe bewahrt. Dies bewies Premierminister Asquith, als er die Regierung gegen die Vorwürfe des früheren Premierministers Balfour verteidigte, der im Unterhause den Antrag eingebracht hatte, der Regierung

ein Tadelsvotum

zu erteilen. In seiner Rede führte Asquith aus: „Die Admiralität und ich haben das Haus und das Land in unser Vertrauen gezogen in einem Grade, der, wie ich meine, in früheren Tagen selten erreicht wurde. Wir waren vollkommen überzeugt, daß es unsre Pflicht war, die neuen Tatsachen, die zu unsrer Kenntnis gelangt waren, vor das Parlament und vor die Nation zu bringen, und gemäß dem veränderten Stande der Dinge vorzugehen. Wir hatten geglaubt auf die Mitarbeit aller Parteien und Meinungen innerhalb und außerhalb des Hauses rechnen zu können. Ich fürchte, daß diese Hoffnungen nicht gänzlich verwirklicht worden sind. Mein Ziel ist nur, soweit ich es vermag, die

boshaften Legenden,

die in betreff der mangelhaften Vorbereitung Englands zur See in Umlauf gesetzt worden sind, zu zerstreuen. Für die nächste Zeit ist vorgesorgt. Die alten Weiber beiderlei Geschlechts, die von phantastischen Vorstellungen deutscher Flotten gequält werden, brauchen, glaube ich, keinesfalls in den nächsten zwölf Monaten besorgt zu sein."

Asquith schloß mit einem

Appell an die Nation,

die in den verflossenen zwei, drei Tagen sich ihrer selbst geschämt haben müsse im Hinblick auf all das, was gesprochen und geschrieben worden sei. „Denn die erste Sorge jedes englischen Staatsmannes, der dieses Namens würdig ist, ist es, die Überlegenheit der Flotte, auf der unsre Unabhängigkeit und unsre Freiheit fußt, zu erhalten, unversehrt, unangreifbar und jeder Herausforderung trotzend." — Darauf wurde die Beratung über das beantragte Tadelsvotum vertagt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Die kaiserliche Jacht „Hohenzollern" ist von Kiel nach dem Mittelmeer abgegangen. Ob Kaiser Wilhelm das Schiff zu einer Kreuzfahrt im Mittelländischen Meer benutzen wird, ist noch nicht sicher.

* Die neue Branntweinsteuer-Vorlage der Unterkommission wurde von den Vertretern Bayerns, Badens und Württembergs für unannehmbar erklärt.

* Die Wahlprüfungskommission des Reichstags hat die Wahl des Abg. v. Kaphengst (kons., 5. Frankfurt) für ungültig erklärt.

* Die Enthaltsamkeitsbewegung in der Marine, die in den letzten Jahren schon sehr erfreuliche Ergebnisse erzielt hatte, hat einen neuen Erfolg zu verzeichnen. Nachdem die Marinebehörde die Genehmigung zur Gründung einer Marineloge des internationalen Guttemplerordens erteilt, erfolgte im Kieler Seemannshause die Gründung der ersten Loge der deutschen Marine unter dem Namen „Im sicheren Kurs" mit 58 Mitgliedern.

Frankreich.

* Eine Abordnung der streikenden Postbeamten hat den Ministerpräsidenten Clemenceau und den Arbeitsminister Barthou davon in Kenntnis gesetzt, daß die Ausständigen beschlossen haben, die Arbeit wieder aufzunehmen, falls die zurzeit noch in den Bureaus beschäftigten Soldaten sofort zurückgezogen würden. Clemenceau erwiderte, er habe die Zurückziehung der Soldaten bereits angeordnet, ohne auf das Ersuchen der Beamten zu warten. Darauf nahmen die streikenden Beamten den Dienst wieder auf.

Holland.

* In ganz Holland ist man in freudiger Erwartung des Thronerben, dessen Geburt man in der zweiten Aprilwoche entgegensieht. Alle Städte haben nach dem Haag Geschenke eingesandt und die Bevölkerung befindet sich in fieberhafter Unruhe.

Amerika.

* Ex-Präsident Roosevelt hat sich mit seinem Sohne Kermit unter großen Kundgebungen der Menge an Bord des Dampfers „Hamburg" zu seiner Afrikareise eingeschifft.

Asien.

* Die Übergriffe der persischen Regierungstruppen gegen Dörfer, die an der Revolution gar keinen Teil haben, haben England und Rußland veranlaßt, in Teheran eine Note überreichen zu lassen, in der gegen diese Art der Kriegführung energisch Einspruch erhoben wird.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag führte am Dienstag die zweite Lesung des Militäretats zu Ende. Den größten Teil der Sitzung nahm die Debatte über die Arbeiterverhältnisse in den Militärwerkstätten in Anspruch. Mehrere Zentrumsredner bedauerten die in letzter Zeit erfolgten Arbeiterentlassungen. Ihnen schloß sich auch der Abg. Zubeil (soz.) an, der wie alljährlich, sich mit den Zuständen in der Spandauer Werkstätte beschäftigte. Von der Militärverwaltung wurde erklärt, daß alles aufgeboten werde, um das Interesse der Arbeiter zu fördern, und in Abrede gestellt, daß Arbeiterentlassungen in größerem Umfange stattgefunden haben. Beim Extraordinarium erklärte auf Befragen des Abg. Dove (fr. Vgg.) Unterstaatssekretär Twele, ein Gesetz über die Besteuerung der Reichsbetriebe durch Gemeinden werde demnächst den Bundesrat beschäftigen. Alle übrigen Kapitel wurden fast debattelos erledigt. Nur beim allerletzten, das die dritte Rate für die Freilegung Kölns enthält, bat Abg. Trimborn (Zentr.) um den Schutz der historischen Kunstschätze Kölns. Kriegsminister v. Einem versprach den Kölnern möglichste Berücksichtigung. Damit war der Militäretat erledigt.

Am 24. d. steht auf der Tagesordnung die zweite Lesung des Marine-Etats.

Beim Ausgabetitel „Staatssekretär" liegen Wortmeldungen nicht vor; er wird unter allseitigem Beifall bewilligt. Jedoch stellt

Abg. Singer (soz.) zur Geschäftsordnung fest, daß seine Freunde beabsichtigen, die in der Kommission besprochenen politischen Fragen beim Etat des Reichskanzlers zur Sprache zu bringen.

Mehrere Kapitel werden debattelos bewilligt.

Abg. Severing (soz.): Eigentlich hätten wir heute Auskunft darüber bekommen müssen, wie die Reichsregierung über die Debatten im englischen Unterhause denkt. Wo ist der Reichskanzler? Aber bei der Fortsetzung, die anscheinend im Hause herrscht — —

Präsident Graf Stolberg (unterbrechend): Ich bitte zur Sache zu kommen. Wir sind in der Spezialberatung.

Abg. Severing (fortfahrend) beklagt sich, daß er auf eine Beschwerde, die er für Arbeiter in Wilhelmshaven an das Reichsmarineamt gerichtet habe, die Antwort bekommen habe, die Beschwerde sei an den zuständigen Arbeiterausschuß zu richten. Entsprechend der Resolution des Reichstages sollte das Reichsmarineamt Arbeiten nur an solche Unternehmer vergeben, die das Tarifvertragswesen fördern, und auf die Mitwirkung der Arbeiterausschüsse an der Neuordnung und Festsetzung der Arbeitsbedingungen auf den Werften bedacht sein. Die Behandlung der Arbeiter und das Spionagesystem fordert zum Protest heraus.

Geh. Admiralitätsrat Harms sagt Prüfung der einzelnen Beschwerden zu. Die Tätigkeit der Arbeiterausschüsse solle nicht eingeschränkt werden.

Bei den einzelnen Forderungen für Schiffsbauten erklärt

Abg. Schrader (frs. Vgg.): Auch wir wollten heute ursprünglich das Verhältnis unsrer Marine zur englischen besprechen. Aber die Angelegenheit hat eine solche politische Bedeutung erlangt, daß wir vorziehen, beim Etat des Reichskanzlers darauf ausführlich zurückzukommen.

Der Rest des Etats wird debattelos erledigt.

Bereits ¼4 Uhr ist die Tagesordnung erschöpft, was das Haus mit freudigem Beifall begrüßt.

Nächste Sitzung Freitag.

Das Ende des Blocks?

Während der Plenarsitzung des Reichstages am Mittwoch erklärte der konservative Führer Abg. v. Normann dem Führer der nationalliberalen Fraktion Abg. Bassermann, er hätte den offiziellen Auftrag von seiten der konservativen Fraktion, mitzuteilen, daß sie von der Notwendigkeit des Zustandekommens der Finanzreform überzeugt seien, gleichviel mit welcher Mehrheit diese zu erreichen sei. An indirekten Steuern müßten vierhundert Millionen bewilligt werden. Eine Besitzsteuer, die in die Finanzhoheit der Einzelstaaten eingriffe, könne nicht zugestanden werden, unter keinen Umständen aber würde die konservative Fraktion eine Nachlaß- oder Erbschaftssteuer annehmen. Auf die Frage des Abg. Bassermann: „Das ist also eine Kündigung des Blocks?" erwiderte der konservative Führer: „Für nationale Zwecke könne ja der Block noch bestehen bleiben."

Eine gleiche Erklärung gab Abg. v. Normann gegenüber den Führern der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft sowie gegenüber dem Führer des Zentrums ab.

Die nationalliberale Fraktion trat darauf sofort zu einer Sitzung zusammen. Sie war von den Mitteilungen des Abg. Bassermann im höchsten Grade überrascht und gelangte einmütig zu der Ansicht, daß die Erklärung des Führers der konservativen Fraktion eine Kündigung des Blockes darstelle, sowie daß die Verantwortung dafür ausschließlich den Konservativen zuzuschieben sei, da die Nationalliberalen keinerlei Veranlassung zu einem solchen Verhalten gegeben hätten. Die nationalliberale Fraktion ist entschlossen, für die Reichsfinanzreform nach wie vor an ihrem Programm festzuhalten, das dahin geht: keine Steuern auf den Massenkonsum ohne gleichzeitige Belastung des Besitzes.

Vor der Entscheidung.

Das diplomatische Spiel auf dem Balkan ist ergebnislos verlaufen. England, Rußland und Frankreich haben zwar einen neuen vermittelnden Text für die von Serbien abzugebende Erklärung vorschlagen wollen, von dem man hoffte, daß er Österreich-Ungarn befriedigen werde, aber auch dieser Ausweg scheiterte an der

Hartnäckigkeit Serbiens.

In Wiener Kreisen blickt man besorgt auf die nächsten Tage. Die Lage wird von allen Seiten als ernst bezeichnet. „Über Vermittelungsvorschläge sind wir hinaus", heißt es in einer halbamtlichen Erklärung. „Wir müssen darauf bestehen, klare Verhältnisse zu schaffen und ganz bestimmte Sicherheiten zu erhalten, daß Serbien auf seine Ansprüche verzichtet. Wir müssen eine Sicherheit dafür haben, daß der Friede auf Jahre hinaus nicht gestört wird. Die

Friedensvorschläge der Mächte sind gescheitert,

selbst der letzte Versuch Englands, das mit allen Kräften eine Niederlage Rußlands abwenden möchte, ist mißlungen. Auch Frankreich gab sich umsonst Mühe, im Interesse des Friedens zu wirken. Diese auf die äußerste Spitze getriebene Lage kann nicht länger als einige Tage dauern, auf jeden Fall muß

bis zum Monatsende Klarheit

geschaffen sein. In acht Tagen dürften wir schon genau wissen, was wir zu tun haben. Es ist ausgeschlossen, daß wir uns diesmal mit einer andern als einer rückhaltlos bindenden Antwort begnügen. Jedes ausweichende Wort, mit dem wir uns zufriedengeben, versetzt uns in einem Jahre wieder in dieselbe Lage, nur stehen wir dann nicht einem geschwächten und ohnmächtigen Rußland gegenüber."

Auch im Zarenreich scheint man den Gedanken aufgegeben zu haben, den gegenwärtigen Konflikt auf einer

europäischen Konferenz

zu schlichten. Man gibt nun der Hoffnung Raum, daß der etwaige Krieg auf Österreich und Serbien beschränkt bleibe.

In den Kabinetten hat man sich mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß ohne ein Ultimatum unter gleichzeitigem Ausdruck des Bedauerns an die Mächte der

Einmarsch österreichischer Truppen

in Serbien unter stillschweigender Zustimmung Europas erfolgt, wenn Serbien nicht noch im letzten Augenblick nachgibt. Baron Aehrenthal hat sich vergewissert, daß Deutschlands Bundestreue und Italiens Neutralität auf keiner Seite auf die Probe gestellt werden, und daß Rußland nicht die geringste Neigung zum Kriege habe. In Serbien aber ist man zukunftsfroh und siegesbewußt. Wie im Anfang der Krise, finden auf der Straße

Kundgebungen gegen Österreich

statt, nur daß man nicht mehr auf England sondern auf Rußland Hochrufe ausbringt. Und mitten in die taumeltolle Menge spricht der Kronprinz Georg von der Berufung des Serbenvolkes, die Balkanländer zu einen und das Joch Europas abzuschütteln . . .

Zusammenstoß der „Hohenzollern" bei Norderney.

Die Kaiserjacht „Hohenzollern" stieß westlich von Norderney mit dem norwegischen Dampfer „Pors", der etwa 900 Registertonnen groß ist und der Reederei Brungen und Abrahamsen in Porsgrund gehört, zusammen. Der Dampfer „Pors" sank sofort. Die Besatzung wurde von der „Hohenzollern" gerettet, sie konnte teils noch von Bord zu Bord übernommen werden, teils mußten die Rettungsboote in Aktion treten. Die „Hohenzollern" erlitt Beschädigungen am Bug. Wenige Stunden später erschien die Kaiserjacht auf der Reede von Wilhelmshaven und landete die Besatzung des „Pors".

Um eine Fürstenkrone.

28] Roman von Reinhold Ortmann.

(Fortsetzung.)

In wirren Strähnen hing das spärliche graue Haar der Alten um die Stirn, ihre kleinen, tiefliegenden Augen waren noch rot umrändert, und ihr zahnloser Mund war in beständiger Bewegung, wie wenn sie mit unsichtbaren Geistern eine Unterhaltung führte, von der gewöhnliche Sterbliche nichts zu vernehmen vermochten. Sie hielt ein Päckchen auf dem Schoße, das man wohl hätte für einen Bündel Lumpen halten können, wenn nicht seine, quäkende Klagelaute, die zuweilen daraus hervordrangen, seinen lebendigen Inhalt verraten hätten. Von dem Gesicht des kleinen Kindes, das die Alte durch eine wiegende Bewegung der Knie einzuschläfern suchte, war nichts zu sehen, denn in gutgemeinter Fürsorge hatte das Weib eine blaue Schürze darüber gebreitet, und die wimmernden Töne, die unter dieser Hülle vernehmlich wurden, hatten infolgedessen etwas beängstigend Atemloses und Nächelndes.

„Machen Sie doch dem Kindchen den Mund frei, liebe Frau," mahnte der Rechtsanwalt freundlich. „Sie bringen es ja in Gefahr, zu ersticken."

Die Alte sah ihn zuerst verständnislos an; dann schüttelte sie entschieden den Kopf.

„Was verhungern soll, das erstickt nicht," stieß sie mit einer rauhen, männlichen Stimme hervor. „Und wir müssen alle verhungern — alle! Die Lise ist verbrannt und die Hanne. Wovon sollen wir denn jetzt leben?"

„Die Lise und die Hanne? Das sind doch wohl nur Ihre Ziegen — nicht wahr?"

„Ja! Ich habe sie klagen und schreien hören — es war genau, als ob kleine Kinder schrien. Und jetzt können wir miteinander hier in dem Schuppen verhungern."

„Sie werden nicht verhungern, gute Frau! Und Sie können mit den kleinen Kindern hier auch nicht länger bleiben. Ist der Mann dort Ihr Sohn?"

Die Alte machte eine geringschätzige Bewegung mit dem Kopfe.

„Mein Schwiegersohn ist es — Gott sei's geklagt! Schon ein Jahr nach der Hochzeit fing das mit seiner Krankheit an. Wenn er mal ein paar Monate lang gearbeitet hatte, lag er wieder auf so und so viele Wochen fest, und meine Tochter mußte für alles aufkommen. Und dann, als das Elend immer größer wurde, fing er sogar an zu trinken, und seitdem ist's mit dem Arbeiten natürlich vollends aus. Meine Tochter ist gestorben, als das arme Würmchen hier zur Welt kam, und das war das beste für sie! Wir andern aber haben seitdem jämmerlich genug gelebt von dem, was ich mit meinen gichtkrummen Fingern zusammenstricken konnte, und von dem, was uns die Lise und die Hanne hergaben. Gehungert haben wir oft genug; aber wir hatten doch wenigstens ein Dach über dem Köpfe. Jetzt ist alles aus! Was aus dem da wird, ist mir ganz egal, und um mich selber habe ich wohl auch nicht lange mehr zu sorgen; denn ich habe meine fünfundsiebzig hinter mir und spüre schon öfters so ein Brennen in allen Eingeweiden, wie es meine Mutter auch hatte, bevor sie starb. Aber die Würmer — die armen, unschuldigen Würmer — was soll aus denen werden!"

Es wäre unmöglich gewesen, ihren Redestrom zu unterbrechen, und Mohrungen hatte es auch nicht versucht; denn er wußte, daß man das Vertrauen solcher Leute nur gewinnen kann, wenn man sie nicht daran hindert, ihrem Herzen auf ihre Weise Luft zu machen. Geduldig hatte er ihr zugehört, und nun sagte er mit gewinnendster Freundlichkeit: „Mut, Mutter, Mut! Es mag schlimm aussehen, aber zum Verzweifeln ist's immer noch zu früh. Über das, was später werden wird, wollen wir morgen reden; jetzt kommt es vor allem darauf an, Sie und die Kinder von diesem ungesunden Orte hinweg unter ein schützendes Obdach zu bringen. Würden Sie im stande sein, ein kurzes Stück Weges zu gehen?"

Wieder schüttelte die Alte mit Bestimmtheit den grauen Kopf. „Ich kann's nicht, und wenn ich's auch könnte, so würde ich's doch nicht tun, so lange meine Sachen hier liegen und von dem erstbesten gestohlen werden können. Ich weiche nicht vom Fleck, und am Ende ist es doch auch ganz egal, ob wir hier verhungern oder anderswo."

Die Vorstellung, daß sie verhungern müßten, hatte sich in diesen Verzweiflungsstunden offenbar schon zur fixen Idee in ihr herausgebildet und wie sich auch Mohrungen bemühte, sie zu überzeugen, daß sie einen Raub ihrer Habseligkeiten nicht zu fürchten habe, sie blieb doch unerschütterlich bei ihrer Erklärung, daß sie nicht von der Stelle weichen werde.

„Na, Bellerten, wenn Euch nicht zu raten ist, so ist Euch auch nicht zu helfen," unterbrach sich etwas barsch der Gastwirt ein, der die Zwecklosigkeit aller weiteren Verhandlungen erkennen mochte. „Bleibt denn hier sitzen, aber laßt uns ein wenig die Kinder mitnehmen, die sich in der nassen, zugigen Bude leicht den Tod holen könnten."

„Es wär' das beste, was ihnen noch passieren könnte," knurrte die Alte ingrimmig vor sich hin; aber sie erhob doch keinen Widerspruch, und als der Wirt Miene machte, ihr das kleine, wimmernde Lumpenbündelchen vom Schoße fortzunehmen, fragte sie nur mit einem mißtrauischen Blick: „Wohin wollt Ihr es denn bringen?"

„Seid unbesorgt! Ich bringe es zu meiner Frau und ich denke, da ist es auf alle Fälle besser aufgehoben, als bei Euch. Ihr habt doch nichts dagegen einzuwenden, Kossak?"

Der Gefragte, der seine Stellung in der ganzen Zeit nicht verändert hatte, antwortete nur durch ein paar unverständliche, gurgelnde Laute und stierte nach wie vor mit leerem, verglasten Blick vor sich hin. Der Einfachheit halber nahm der Wirt seine Erwiderung für einen Ausdruck des Einverständnisses.

„Die beiden andern werden sich wohl bequemen müssen, zu laufen," meinte er. Damit wollte er den Buben aufrütteln; doch Mohrungen hinderte ihn daran.

„Lassen Sie ihn ruhig schlafen," sagte er, „ich werde ihn tragen."

Behutsam beugte er sich nieder und hob das Kind auf seine Arme. Es erwachte nicht, und